

Politik oder Wirtschaft?

Kombifach erntet Kritik

Wenn am 31. August in Niedersachsen wieder der Unterricht beginnt, werden die Gymnasiasten der Klasse 8 erstmals „Politik-Wirtschaft“ auf dem Stundenplan finden. Das neue Fach tritt an die Stelle des Politikunterrichts. Niedersachsen schließt sich damit einem Lösungsmodell für ein Lehrplanproblem an, das Länder wie Baden-Württemberg, Hamburg und Hessen bereits realisiert haben. Mit der Verknüpfung wirtschaftlicher und politischer Inhalte haben diese seit 1999 auf die verbreitete Forderung reagiert, ökonomische Lerninhalte stärker in den allgemein bildenden Schulen zu berücksichtigen. Gerade auf den Weg gebracht, erntet das Kombifach bereits Kritik. „Die politische Bildung wird auf höchstens eine Stunde in der Woche zusammengekürzt“, so Dirk Lange, Bundesvorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB). Das reiche nicht aus. Zumal staatsbürgerliche Bildung und Demokratieverzierung nach den Landesverfassungen und Schulgesetzen aller Bundesländer eine wichtige Rolle einnehmen würden. Nun aber sei Politik das leidtragende Fach bei der an sich berechtigten Verstärkung ökonomischen Lernens.

Merkwürdig erscheint zudem, wer bei Lehrplanarbeit, Lehrerfortbildung und Schulbuchentwicklung beteiligt ist. So ist der Oldenburger Ökonomiedidaktiker Hans Kaminski nicht nur einziges wissenschaftliches Mitglied der Richtlinienkommission für dieses Fach, sondern gleichzeitig auch Leiter der vom Land Niedersachsen und anderen Bundesländern eingeführten Online-Weiterbildung „Ökonomische Bildung“. Zudem bieten die gGmbH „Ökonomie & Bildung“ und das Institut für Ökonomische Bildung an der Universität Oldenburg (Geschäftsführer ist ebenfalls Hans Kaminski) mit dem Bildungswerk der niedersächsischen Unternehmer- und Arbeitgeberverbände (BNW) die Fortbildung der Lehrkräfte für das neue Fach an. Das Schulbuch „Oec.“ wurde von der „Gemeinschaftsinitiative Soziale Marktwirtschaft“ initiiert. Autoren des Vorworts: die Vorsitzenden der Bertelsmann-Stiftung, der Ludwig-Erhard-Stiftung und der Nixdorf-Stiftung. Ihr erklärtes Ziel: „die Förderung des Wissens und des Verständnisses von marktwirtschaftlichen Wirkungszusammenhängen in unserer Gesellschaft“.

HANS-JOACHIM VON OLBERG